

Gesundheit ist uns teuer – wie teuer?

Wie Individuen muss auch der Staat abwägen, wie viel er in Sicherheit und Gesundheit investieren will. Dabei sollten die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger massgebend sein. **STEFAN FELDER**

Staatliche Massnahmen zum Schutz von Gesundheit und Leben der Bevölkerung reduzieren die Sterblichkeit und erhöhen oft auch die Lebensqualität. Wessen Leben dadurch gerettet wird, ist unbekannt, nicht einmal wie viele. Dies macht solche Massnahmen einerseits intellektuell anspruchsvoll, entschärft andererseits deren ethische Brisanz.

Selbst Entscheidungen auf individueller Ebene haben einen zufallsbehafteten Charakter. Wenn's eilt, überqueren wir eine gefährliche Strasse. Andere fahren zum Klettern in die Berge, wieder andere springen mit einem Fallschirm aus grosser Höhe. Alle setzen sich dem Risiko aus, in solchen Aktivitäten zu Tode zu kommen. Zwar ergreifen Menschen in der Regel Vorsichtsmassnahmen, setzen bei einer Gipfelbesteigung Seil, Haken und Karabiner zur Absicherung ein – ein gewisses Risiko bleibt dennoch.

Erklären lässt sich dieses Verhalten leicht. Dem Risiko steht ein Nutzen gegenüber: Mit der Strassenüberquerung gewinnen wir Zeit, und die Bergsteiger und Fallschirmspringer lieben ihren Sport – ohne Risiko kein Spass. Gleichzeitig offenbaren die so Handelnden, dass sie ihrem Leben keinen unendlichen Wert beimessen. Nur so ist zu erklären, weshalb sie solche Risiken überhaupt eingehen. Entscheidend ist, dass es sich dabei um hinreichend geringe zusätzliche Risiken handelt.

Genau wie Individuen darüber entscheiden müssen, wie viele Gesundheitsrisiken sie eingehen, muss auch der Staat eine Abwägung vornehmen, etwa wenn es um Investitionen in die Sicherheit von Strassen, Bahnübergängen, Brücken oder von durch Erdbeben oder Lawinen gefährdeten Hängen geht. Es braucht eine Güterabwägung zwischen dem Nutzen solcher Investitionen und deren Kosten. Staatliche Investitionen in die Sicherheit der öffentlichen Infrastruktur kommen allen zugute, Sicherheit ist ein öffentliches Gut.

Wie viel Sicherheit?

Wie viel davon angemessen ist, hängt von den individuellen Präferenzen der Bevölkerung ab. Diese können im demokratischen Prozess offenbar werden, wenn die Bevölkerung selbst oder das Parlament über Abstimmungen konkrete Massnahmen in die öffentliche Sicherheit beschliesst. Im Verwaltungshandeln bezüglich Sicherheitsmassnahmen kommt der Staat jedoch nicht um die implizite Bewertung von statistischen Leben herum. Dabei sollten die Wünsche der Bürger und Bürgerinnen massgebend sein.



«Der Staat kommt nicht um die Bewertung des statistischen Lebens herum.»

Das Bundesamt für Raumentwicklung im Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) empfiehlt bei Entscheidungen zur Verminderung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken, von 7,2 Mio. Fr. für den Wert eines statistischen Lebens auszugehen. Wenn die Personen, die dem Risiko ausgesetzt sind, nicht das Durchschnittsalter der Bevölkerung haben, wird empfohlen, den Wert eines Lebensjahres zu verwenden. Dieser liegt aktuell bei 259'000 Fr. Das Uvek folgt dabei der OECD und passt die Werte jährlich an die Preis- und Einkommensentwicklung an.

Konkret kann das bedeuten, dass eine gefährliche Strassenkurve gesichert wird, wenn damit zu rechnen ist, dass Todesfälle vermieden werden können und die Kosten der Massnahme pro vermiedenen Todesfall 7,2 Mio. Fr. nicht übersteigen. Wären die Kosten höher, müsste die Investition unterbleiben. Ein solches regelgebundenes Verwaltungshandeln maximiert die Überlebenschancen der Bevölkerung unter Berücksichtigung der dafür aufzuwendenden Kosten. Weil wir nicht wissen, welche Individuen wie betroffen werden von den staatlichen Massnahmen, die unser Überleben und unsere Gesundheit beeinflussen, dient die Rettung möglichst vieler Lebensjahre dem Gesamtinteresse der Gesellschaft.

Diese Überlegung kann auf den Bereich der medizinischen Versorgung übertragen werden, deren Sicherstellung Aufgabe von Bund und Kantonen ist. Die obligatorische Krankenpflegeversicherung ermöglicht allen Personen, unabhängig vom Einkommen, einen breiten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Das Krankenversicherungsgesetz schreibt im Artikel 32 vor, dass medizinische Leistungen wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind. Der Begriff der Wirtschaftlichkeit verlangt dabei, dass der durch die Leistung erzielte Nutzen deren Kosten übersteigt. Das Gesetz legt nicht fest, wie der Nutzen medizinischer Leistungen erfasst und monetär bewertet wird, was eine Voraussetzung dafür wäre, um Kosten und Nutzen vergleichbar zu machen.

Deutschland ist einen Schritt weiter, im Paragraphen 35b des Sozialgesetzbuches V steht: «Beim Patientennutzen sollen insbesondere die Verbesserung des Gesundheitszustandes, eine Verkürzung der Krankheitsdauer, eine Verlängerung der Lebensdauer, eine Verringerung der Nebenwirkungen sowie eine Verbesserung der Lebensqualität, [...] angemessen berücksichtigt werden.» Die gleichzeitige Berücksichtigung der Wirkung einer medizinischen Massnahme auf die Dauer und die Qualität der Patienten entspricht internationa-

lem Standard. Der deutsche Gesetzgeber gibt keinen Schwellenwert für den Wert eines qualitätsbereinigten Lebensjahrs vor, es sagt nicht, wieviel ein gewonnenes Lebensjahr mit perfekter Gesundheit kosten darf. Anders als etwa der britische National Health Service, der 20'000 bis 30'000 £ vorschreibt.

Effizient und trotzdem gerecht

Die Schweizer Politik hingegen hat es bisher versäumt, ihre Zahlungsbereitschaft für zusätzliche Gesundheit im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung offenzulegen. Genau dazu hat sie das Bundesgericht bereits 2010 im «Myozyme»-Fall aufgefordert. Es empfahl, sich dabei am Wert von 100'000 Fr. für ein Lebensjahr zu orientieren, der sich in der gesundheitsökonomischen Literatur etabliert habe.

Bemerkenswert aus Sicht eines Ökonomen ist es, dass die Bundesrichter auf die Opportunitätskosten von Erstattungsentscheidungen hinwiesen, indem sie betonten, dass die Jahrestherapiekosten mit Myozyme von 300'000 Fr. auch anderen Patienten mit ähnlichen Beschränkungen zugutekommen müssten und deren Behandlung dann insgesamt 90 Mrd. Fr. oder dem 1,6-Fachen der Gesamtkosten des Gesundheitswesens entspräche. Sie folgerten: «Ist der Aufwand nicht verallgemeinerungswürdig, so kann er aus Gründen der Rechtsgleichheit auch im Einzelfall nicht erbracht werden.» Effizienzüberlegungen stehen somit nicht notwendigerweise im Widerspruch zu Gerechtigkeitsüberlegungen, ganz im Gegenteil.

Bergsteiger sind heute ungleich besser ausgerüstet als vor fünfzig Jahren. Ebenso hat sich die Bergrettung enorm verbessert. Mithilfe von Helikoptern können von Gewittern überraschte Berggänger oder Verunfallte schneller geborgen und medizinisch versorgt werden. Auch in der Sicherheit von Verkehrsmitteln und Strassen sind grosse Fortschritte erzielt worden, doch werden sie durch ein angepasstes Risikoverhalten der Menschen teilweise untergraben. Im Wissen um eine gut ausgerüstete Bergrettung gehen Bergsteiger höhere Risiken ein als früher. Ähnlich wird auf einer ausgebauten Strasse schneller gefahren und dadurch das Unfallrisiko unter Umständen erhöht. Das Verhalten ist konsequent. Die verbesserte Sicherheitstechnik ändert nichts daran, wie Individuen selbst den Wert ihres Lebens einschätzen.

Im Sicherheitsbereich ebenso wie in der Gesundheitsvorsorge sollte der Staat die Reaktion der Betroffenen berücksichtigen, wenn er Massnahmen beschliesst. Je stärker deren Gegenreaktion, desto geringer ist die Wirksamkeit und daher umso schlechter das Nutzen-Kosten-Verhältnis einer staatlichen Massnahme.

Stefan Felder ist Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel und dort Direktor des Basel Center for Health Economics.

Zu erfolgreich

Es ist ein überraschender Wechsel an der ABB-Spitze. Die Frage, ob er die Rolle als CEO demnächst abgeben würde, hat Björn Rosengren selbst noch vor wenigen Wochen relativ überzeugend verneint. Wie freiwillig er den Posten nun also wirklich räumt, ist fraglich.

Morten Wierod, derzeit Chef der Elektrifizierungssparte von ABB, wird per August CEO des Industriekonzerns. Das Profil stimmt, Wierod ist neben Tarak Mehta der höchstrangige ABB-Manager, der für eine interne Nachfolgeplanung wohl infrage kommt. Am Freitag trotzdem für Kursverluste: Rosengren war schlichtweg zu erfolgreich. Investoren hätten wohl nicht gegen eine Verlängerung seines Mandats opponiert. Denn der Schwede übergibt seinem Nachfolger ein profitableres und agileres Unternehmen als noch vor vier Jahren.



SIEGMUND SKALAR
Redaktor
zum Thema
ABB

Die Strategie, nicht relevante Geschäftsbereiche abzuspalten, war ein voller Erfolg und hat Vorbildcharakter. Das Stromnetzgeschäft, die Dodge-Division sowie Power Conversion wurden in den vergangenen Jahren verkauft und die Turboladersparte an die Börse gebracht. Rosengren behielt nur Divisionen, die bei ihren jeweiligen Produkten Marktführerschaft aufwiesen, profitabel waren und genau in die Gesamtstrategie passten.

Die Konsequenz: Im Jahr 2023 wies ABB eine Kapitalrendite von 21,1% aus, fast doppelt so hoch wie im August 2019. Die operative Marge vor Amortisation (Ebita) lag zuletzt bei 16,9%, deutlich über der langjährigen Zielmarke von 15%, die bereits im Vorjahr erreicht wurde. Es verwundert nicht, dass sich unter Rosengren der Aktienkurs auf knapp 40 Fr. mehr als verdoppelt hat.

KI-Hype ist nicht die Internet-Blase

Noch nie hat ein einziges Unternehmen die Börsen so bewegt wie Nvidia. **VALENTIN ADE, NEW YORK**

So sieht es wohl aus, wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt. Der Chiphersteller Nvidia hat mit seinen Quartalszahlen am Mittwoch gezeigt, dass seine Halbleiter, die wie keine andern die Anwendungen der künstlichen Intelligenz (KI) trainieren können, ihm nur so aus der Hand gerissen werden. Laut CEO Jensen Huang soll das noch Jahre so weitergehen. Die Nvidia-Aktie, die seit über zwölf Monaten die kursstärkste des US-Aktienmarktes ist, legte daraufhin 277 Mrd. \$ an Börsenwert zu – mehr als jede andere an einem einzigen Tag.

Der Hype um die KI beflügelt seit Anfang 2023 die mit Abstand sechs grössten Valoren der New Yorker Börsen – neben Nvidia sind das Microsoft, Apple, Alphabet, Amazon und Meta. Sie legten nach den Nvidia-Zahlen abermals kräftig zu und hoben so den breiten US-Aktienindex S&P 500 und den Tech-Index Nasdaq 100 auf neue Höchstwerte. Das halte an den Handelsplätzen der ganzen Welt wider. Der Deutsche Aktienindex Dax erreichte ein neues Allzeithoch, der japanische Nikkei 225 toppte seine Bestmarke aus dem Jahr 1989.

Wie schon in den vergangenen Jahrzehnten dominieren der US-Aktienmarkt und die amerikanische Wirtschaft auch heuer das Finanzweltgeschehen. Unter anderem deshalb boomen auch die Börsen Deutschlands und Japans, obgleich beide Länder immer noch in einer Rezession stecken könnten. Ihre kotierten Unternehmen machen nämlich einen guten Teil ihres Gewinns in den USA, und im Fall Japans hat der Yen zur Welthandels-

währung Dollar seit 2021 rund ein Drittel verloren, was die Exporte des Landes merklich günstiger gemacht hat.

Vergessen waren so diese Woche die nukleare Bedrohung durch den Despoten Putin und das Eskalationspotenzial des Nahostkonflikts. Schliesslich wird ja – so das Narrativ – die KI bald mit aller Macht in unser Leben drängen, unsere Gesellschaften verbessern und den beteiligten Unternehmen fürstliche Gewinne beschere. Das erinnert stark an die Geschichten, die Ende der Neunzigerjahre erzählt wurden, als das Internet vor seinem grossen Durchbruch stand.

«Apple, Microsoft, Alphabet und Amazon sind einzigartige Cash-Maschinen mit einer Vielzahl von Geschäften rund um den Planeten.»

Damals lagen unter anderem die Aktien des Netzwerkspezialisten Cisco im Fokus, des zeitweilig wertvollsten Konzerns der Welt. Er hat Umsatz und Gewinn in den vergangenen zwei Jahrzehnten tatsächlich stark gesteigert. Sein Aktienkurs steht aber immer noch rund ein Viertel niedriger als auf dem Höhepunkt der Internet-Blase. Zwar hat diese bahnbrechende Innovation schliesslich unser Leben massgeblich be-

einflusst. Doch viele Unternehmen, die damals euphorisch an den Start gingen, sind heute längst verschwunden. Und der vielleicht erfolgreichste Konzern des Onlinezeitalters, Apple, hob erst später so richtig ab, als er 2007 das iPhone vorstellte und uns den drahtlosen Internet-PC in die Hosentasche schob.

Frei nach Mark Twain reimt sich die Geschichte einmal mehr, aber wiederholen wird sie sich wohl auch diesmal nicht. Ähnlich jenseitig bewertet wie einst Cisco sind Nvidia und die meisten der US-Tech-Riesen nicht. Sie liefern reale Traumgewinne und nicht Versprechen. Dennoch sollten Anleger auf der Hut sein, denn das Wachstum, das insbesondere Nvidia derzeit vorlegt, und das Quasimonopol ihrer KI-Chips werden nicht ewig dauern. Die Halbleiterindustrie ist ein hoch volatiles Geschäft, und hyperbolisch wachsende Aktienkurse haben stets scharf korrigiert.

An den meisten US-Tech-Riesen kommen die Investoren dennoch nicht vorbei. Apple, Microsoft, Alphabet und Amazon sind einzigartige Cash-Maschinen mit einer Vielzahl von Geschäften rund um den Planeten. Sie sind derzeit die besten Kunden Nvidias, werden massgeblich unsere KI-Zukunft prägen und daran kräftig verdienen. Dass an dieser Handvoll Titel wohl auch in Zukunft das Wohl und Wehe des US-Aktienmarktes hängen wird, mag mancher beklagen. Wenn es aber denn schon unbedingt ein Übergewicht an der Börse geben muss, dann kann es ruhig dieses sein.

Grüne Zwängerei

Ein Klimafonds ist eine Subventionsmaschine. **ARNO SCHMOCKER**

Überraschend wurde das neue CO₂-Gesetz im Juni 2021 von einer klaren Volksmehrheit abgelehnt. Eine wesentliche Rolle für das damalige Scheitern des Vorhabens spielte ein Subventionsvehikel namens Klimafonds im Umfang von 1 Mrd. Fr., dessen Umsetzung vage blieb.

Mit der Annahme des Klimagesetzes im vergangenen Juni und dem neuen Energiegesetz, das diesen Frühsommer an der Urne (wohl knapp) bestätigt wird, hat die Schweiz bereits genug staatliche Förderinstrumente für die Energiewende zur Hand. Das hindert ein Bündnis von SP und Grünen nicht daran, erneut einen Klimafonds auf Bundesebene zu fordern. Diese Woche wurde die nötige Zahl Unterschriften für eine Volksinitiative eingereicht; sie dürfte 2026 zur Abstimmung kommen.

Die Klimafondsinitiative rührt mit grosser Kelle an. Bis 2050 soll der grüne Subventionstopf mit 0,5 bis 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) alimentiert werden. Das klingt auf den ersten Blick bescheiden. In konkreten Zahlen ausgedrückt wären es allerdings 4 bis 8 Mrd. Fr. pro Jahr, mit dem Wachstum des BIP künftig mehr. Sobald die Schweiz die Klimaziele erreicht hat, können die Beträge gemäss den Initianten «angemessen» gesenkt werden. Aber nicht abgeschafft: einmal Subventionen, immer Subventionen.

Dabei hat der Bundesrat mit Blick auf die hohen Defizite, die im Bundeshaushalt spätestens ab 2027 zu erwarten sind, erst gerade eine «grundlegende Überprüfung» der Subventionen von 60 Mrd. Fr. pro Jahr beschlossen. Auch die rot-grü-

nen Initianten wissen, dass ihr Vorhaben im Grunde nicht finanzierbar ist. Daher verlangen sie, dass die konstanten Milliardenausgaben am «offiziellen» Bundesbudget vorbeigeschleust werden.

Das widerspricht dem Sinn und Geist der Schuldenbremse, die vor 21 Jahren mit überwältigendem Volksmehr in der Verfassung verankert wurde. Ein Ja zu dieser Initiative würde Nachahmer produzieren und käme einem stillen Begräbnis der Schuldenbremse gleich. Und die Verschuldung des Bundes, für die unproduktive Passivzinsen zu zahlen sind, könnte sich bis 2050 verdoppeln.

Die massiven Staatshilfen in der Coronapandemie haben die Erwartung an den Staat als Helfer und Förderer in allen Lagen zementiert. Ein Giga-Klimafonds hätte einen enormen Ausbau staatlicher Bürokratie zur Folge. Eine derartige Subventionsmaschinerie ist «betreuungsintensiv». Der damalige, bedeutend kleinere Fonds im CO₂-Gesetz hätte nach Berechnungen des Bundes zwanzig neue Vollzeitstellen benötigt.

Mit dem Klimafonds würden Politiker, die wiedergewählt werden wollen, und eine Schar von Beamten entscheiden, was gefördert werden soll. Das öffnet der Klientelwirtschaft Tür und Tor. Die in der Initiative genannten Ziele sind schwammig: Dekarbonisierung, Versorgungssicherheit, Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen, Stärkung der Biodiversität. Zielgerichteter wäre es, den Ausstoss von Treibhausgasen korrekt zu bepreisen und die Einnahmen an die Bevölkerung zu verteilen.